

23.08.2023

Neudruck

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Ministerin Paul sitzt Probleme der frühkindlichen Bildung aus, statt Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Drohenden Kita-Kollaps durch ein Rettungspaket verhindern.

zu dem Antrag „**Es ist fünf nach zwölf – Kita-System braucht Taten statt warmer Worte**“

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5423

I. Ausganglage

Das System der frühkindlichen Bildung steht in Nordrhein-Westfalen vor dem Kollaps. Zu fehlendem Personal und fehlenden Betreuungsplätzen gesellt sich mittlerweile eine akute Finanznot auf Grund steigender Personal- und Sachkosten. Die Freie Wohlfahrt befürchtet gar Kita-Schließungen und Insolvenzen von Trägern. Auf all diese Probleme gibt Ministerin Paul keine Antworten. Warnungen hat es in den letzten Monaten wahrlich mehr als Genug gegeben. Allein die SPD-Landtagsfraktion hat mehrfach auf die Problemlagen in den Kitas und der Kindertagespflege hingewiesen.

Auf Grundlage der Anträge „Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbau gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern“ und „Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen“ (Drucksachennummern 18/1688, 18/3305) wurde im Plenum diskutiert und in Anhörungen sachkundige Hinweise zur Verbesserung der Lage gegeben. Vor der Sommerpause hat der Antrag „Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen“ (Drucksachennummer 18/4363) noch einmal die Problematik und die Notwendigkeit zum Handeln vor Beginn des neuen Kita-Jahres deutlich gemacht. Auch der vorliegende FDP-Antrag orientiert sich an diesen Lösungsvorschlägen. Doch die Haltung der Landesregierung, vor allem der zuständigen Ministerin Josefine Paul und der sie tragenden Fraktionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen bleibt unverändert: Keine akute Handlungsnotwendigkeit, alles sei schließlich kein Sprint, sondern ein Marathon. Es ist nur fatal, dass die Landesregierung dabei gar nicht an den Start geht, den Trägern der frühkindlichen Bildung durch ihre mangelnde Unterstützung hingegen eine Bleiweste verpasst. So lässt Ministerin Paul Nordrhein-Westfalen im Laufschrift in die Bildungskatastrophe rennen.

Auf Brandbriefe von Trägern und der Freien Wohlfahrt reagierten sowohl Ministerpräsident Hendrik Wüst als auch Ministerin Paul nichtssagend. Das gipfelte darin, dass sich die Freie Wohlfahrt in einem Brief an den Chef der Staatskanzlei beschwerte, sie fühle sich „vertröstet und ignoriert“, weil trotz monatelanger Diskussion mit der Landesregierung keinerlei Fortschritte zu verzeichnen seien.

„Wir werden Angebote schließen“ lautete dann auch jüngst die Quintessenz einer Umfrage, welche die Diakonie RWL am 14. August 2023 veröffentlichte. Die Ergebnisse sind verheerend für die Problem-Ignoriererin Paul und die Sozial- und Familienpolitik der Wüst-Regierung. Vier von fünf Trägern rechnen demnach mit einem negativen Jahresergebnis, ein Drittel sogar mit einem Liquiditätsengpass noch in diesem Jahr. Insbesondere Kita- und OGS-Trägern geht das Geld aus. Hier rechnen 94 Prozent bzw. 90 Prozent mit einem deutlichen Minus.

Im Kern teilt die Diakonie somit mit: Sollten keine Budgetsteigerungen bzw. Zuschüsse für den Bereich der Kindertagesstätten erfolgen, droht die Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung, letztlich die Insolvenz. Die Abgabe von einzelnen Kitas bis hin zur Aufgabe des gesamten Geschäftsbetriebes würde so für viele unausweichlich werden. Ungebundene Rücklagen sind längst aufgebraucht. In einer Pressemitteilung der Diakonie heißt es folglich: „Wenn klar wäre, dass das fehlende Geld zeitnah durch neue Zuflüsse wieder eingenommen werden könne, seien auch finanziell angespannte Zeiten aushaltbar. „Aufgrund ausbleibender Zusagen des Landes fehlt derzeit vielen Trägern diese Mut machende Perspektive“[...]. Das führe auch dazu, dass notwendige Investitionen, etwa in energetische Sanierungen von Gebäuden, Fachkraftoffensiven oder die Digitalisierung aufgeschoben würden.“

Auch wenn die Diakonie hofft, das Land habe mittlerweile das Problem erkannt, wenn sie eine CDU-Abgeordnete mit den Worten zitiert „KiBiz könne keine Krise“ – so unterbleibt bislang jegliche Konsequenz aus dieser Erkenntnis. Aussitzen ist keine Lösung. Denn am Ende sind die Kinder die Leidtragenden. Es ist ihre Bildung, die entfällt. Es sind ihre Familien, die nicht mehr wissen, wie sie den Alltag meistern sollen. Und es ist das Personal, das eigentlich ihr Aufwachsen begleiten sollte, das reduziert wird oder gleich ganz auf der Straße steht. Bunte Hochglanzbilder und schöne Filmauftritte, wie sie das Markenzeichen der Wüst-Regierung sind, reichen nicht, um nachhaltige Familienpolitik zu machen, noch weniger reicht dies, um die Katastrophe für das Bildungsland NRW abzuwenden.

II. Feststellung

Der Landtag stellt fest:

- a) zahlreichen Trägern der freien Wohlfahrt bis hin zu kirchlichen Trägern droht die Insolvenz oder die Schließung von Gruppen oder ganzen Einrichtungen. Dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen hier keinerlei Problemlösungen anbieten, zeigt: im sozialen Bereich herrscht schwarz-grüne Kälte.
- b) wenn Kinder und Eltern wegen Geld- und Personalmangel vor verschlossenen Kita-Türen stehen, ist das eine Bankrotterklärung für die Familienpolitik der Wüst-Regierung.
- c) hätten sich CDU und Grüne bei den inhaltlichen Vorschlägen der Anträge „Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbaus gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern“ und „Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen“, sowie „Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen“ (Drucksachennummern 18/1688, 18/3305, 18/4363) nicht verweigert, stünden Kitas und Kindertagespflege jetzt nicht vor dem Kollaps und es wären entscheidende Schritte zur Abwendung der Bildungskatastrophe unternommen worden.
- d) ohne eine gemeinsame Kraftanstrengung und die Beteiligung aller Betroffenen und aller Akteure wird es nicht gelingen, den Personalmangel zu überwinden, die mehr als

100.000 fehlenden Kita-Plätze zu schaffen und die Träger vor der Überforderung durch Inflation, hohe Energiepreise und steigende Lohnkosten zu bewahren.

III. Forderung

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- zum Ausgleich der Tarifsteigerungen ein Rettungspaket für die frühkindliche Bildung in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro aufzulegen und darüber hinaus die inflationsbedingten Mehrbedarfe bei Energie- und Sachkosten angemessen abzubilden. Damit schafft das Land eine Brücke, damit alle Träger die Möglichkeit haben, das Kita-Jahr 2024/2025 überhaupt zu erreichen.
- einen Bildungsgipfel mit allen relevanten Akteuren einzuberufen, der die Bildungskatastrophe für Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen überwindet. Hauptziele sind die Schaffung zusätzlicher Kita- und OGS-Plätze, die Erarbeitung einer Fachkraftoffensive, welche eine vollständig vergütete Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern ebenso in den Blick nimmt wie eine gesetzliche Verankerung von Kita-Helfenden und zusätzlichen Verwaltungsfachkräften sowie eine dauerhafte Finanzierungssicherheit für Träger und Beschäftigte.
- die für 2026 geplante Kibiz-Reform deutlich vorzuziehen und dabei die Anträge „Betreuungs-Gipfel jetzt! Herausforderungen des Kita- und OGS-Ausbaus gemeinsam angehen, um die Bildungskatastrophe in der frühkindlichen Bildung zu verhindern“ und „Chancengleichheit von Anfang an – Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung sofort entschieden begegnen“, sowie „Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen“ (Drucksachennummern 18/1688, 18/3305, 18/4363) zur Grundlage des Regierungshandeln zu machen, um die Unterfinanzierung des Systems der frühkindlichen Bildung zu beenden.

Jochen Ott
Sarah Philipp
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion